

Sessionsbericht

Nr. 5 / Winter 2018

Ihr EVP Team im Nationalrat

Marianne Streiff BE marianne.streiff@parl.ch 079 664 74 57
Nik Gugger ZH nik.gugger@parl.ch 079 385 35 35

Liebe Leserin, lieber Leser

Im Jahr 2018 war die Beziehung der Schweiz zur EU ein Dauerthema. So wie es aussieht, wird das auch für das Jahr 2019 gelten*. Anfang Jahr brachte der Aussenminister Ignazio Cassis in der APK den Reset-Knopf ins Spiel. Und es kam, wie es kommen muss, wenn man am Computer den Reset-Knopf drückt: Es startet zwar alles neu auf, aber das Problem bleibt. So war es dann auch bei den Verhandlungen mit der EU. Wir würden uns wünschen, dass der Bundesrat den Mut hat, verschiedene Varianten offen durchzudenken und mit uns zu diskutieren und eine breite Meinungsbildung zu beginnen. Nun aber zu unserem Sessionsbericht. Mit den besten Wünschen für die restliche Adventszeit, die Festtage und einen geruhsamen Jahreswechsel!

* Aktuelles aus der EVP finden Sie wie immer unter <https://www.evpev.ch/aktuell/news/>

Der UNO-Migrationspakt

Der Uno-Migrationspakt will endlich global einen praktisch anwendbaren Handlungsrahmen für eine geregelte und sichere Migration. Die Unterzeichnung dieses UN Abkommens, das rechtlich nicht direkt bindend, politisch jedoch verpflichtend ist, liegt laut unseren Gesetzen in der Kompetenz des Bundesrates. Die Unterzeichnung fand am 11. Dezember in Marrakesch statt, allerdings ohne Schweizer Beteiligung. Die zuständigen Kommissionen beantragten den beiden Räten, mit einer Motion das Geschäft vor der Unterzeichnung dem Parlament vorzulegen. Dieses soll entscheiden, ob die Schweiz dem Pakt zustimmt.

Wir unterstützten mit der Mehrheit des Parlamentes diese Motion, da sich die Frage dieses Paktes zu einem Politikum entwickelt hat. Einen definitiven Verzicht auf die Zustimmung, wie es in einer Motion der SVP gefordert wurde, haben wir mit der Mehrheit des Rates abgelehnt. Die SVP und die Mehrheit der FDP hätten damit bereits einen inhaltlichen Entscheid gegen



Marianne Streiff ist seit 8 Jahren im Nationalrat, Nik Gugger hat sein erstes (Lehr-)Jahr mit 5 Sessionen hinter sich.

« Zwei Dinge verleihen der Seele am meisten Kraft: Vertrauen auf die Wahrheit und Vertrauen auf sich selbst. »

Seneca

In diesem Bericht:	Seite
<i>UNO-Migrationspakt</i>	1
<i>Heimatreiseverbot</i>	2
<i>Mehr bezahlbare Wohnungen</i>	3
<i>CO₂-Gesetz</i>	3
<i>Gleichstellung</i>	4
<i>Häusliche Gewalt</i>	4
<i>Finanzen</i>	5
<i>Personen</i>	6
<i>Vorstösse</i>	7

den Pakt fällen wollen. SP, Grüne und Grünliberale wollten den Entscheid über die Zustimmung dem Bundesrat überlassen, der gemäss Verfassung eigentlich dafür zuständig wäre und lehnten beide Motionen ab. In der Mitte dominierte die Auffassung, der Inhalt des Migrationspaktes sei zwar unproblematisch, doch sei das Thema sensibel.

Wir von der EVP standen dem Geschäft zuerst auch eher kritisch gegenüber, haben uns dann aber intensiv damit auseinandergesetzt. Beim genauen Hinschauen stellten wir uns schliesslich hinter diesen Pakt. Migration ist ein globales Problem, das nur global gelöst werden kann. Erstmals zeigen sich die Herkunftsländer hier bereit, mitzuarbeiten und ihre Verantwortung wahrzunehmen. Handlungsbedarf besteht. Und es ist klar, dass Lösungen nur greifen können, wenn möglichst viele Nationen sich daran beteiligen.

Der Pakt definiert zehn Leitprinzipien und 23 Ziele. Für jedes Ziel wurden zu-dem freiwillige Umsetzungsinstrumente identifiziert. Mit der Zustimmung zum Pakt bekennen sich die Staaten zu den Leitprinzipien und Zielen. Jeder Staat kann und soll jedoch selbst entscheiden, welche Instrumente er um-setzt. Zudem wird im Pakt ausdrücklich festgehalten, dass jeder Staat wei-terhin eine eigene, nationale Migrationspolitik festlegt und die Migration regulieren kann. Nun werden wir diesen Pakt in der Frühjahrssession im Rat diskutieren und nachher darüber entscheiden.

Heimatreiseverbot

National- und Ständerat haben sich auf eine Verschärfung des Heimatreiseverbots für Flüchtlinge geeinigt. Der Nationalrat hat am Mittwoch die letzte Differenz ausgeräumt. Damit bleiben Ausnahmen vom Verbot möglich. Künftig müssen nicht mehr die Behörden beweisen, dass eine Reise unzulässig war. Vielmehr muss der Flüchtling glaubhaft machen, dass er aufgrund eines Zwangs in den Heimatstaat reiste.

Die Beweislast wird also umgekehrt. Dies entspricht im Kern dem Vorschlag des Bundesrates. Allerdings hatte der Bundesrat weitere mögliche Gründe im Gesetz verankern wollen. Diese strichen die Räte.

Dem Nationalrat genügte das zunächst nicht. Er wollte, dass die Flüchtlingseigenschaft bei Reisen in den Heimat- oder Herkunftsstaat in jedem Fall ab-erkannt wird. Aus Sicht des Bundesrates wäre das aber mit der Genfer Flüchtlingskonvention nicht zu vereinbaren gewesen. Der Ständerat beharrte denn auch darauf, dass Ausnahmen weiterhin möglich sind. In dieser Session hat sich der Nationalrat mit 109 zu 66 Stimmen angeschlossen. Es geht beispielsweise um den Besuch todkranker Eltern. In solchen Fällen nähmen Flüchtlinge unter Umständen erhebliche persönliche Risiken in Kauf, hiess es in beiden Räten. Solche menschlichen Härten müssten berücksichtigt werden, was Marianne und ich unterstützen.



Volksinitiative „Mehr bezahlbare Wohnungen“

Die Initiative des Mieterverbandes fand erwartungsgemäss keine Mehrheit. Der Nationalrat empfiehlt sie mit 143 zu 54 Stimmen zur Ablehnung. Dies begrüssen wir, da die Initiative aus unserer Sicht zu starr formuliert ist.

Den vom Bundesrat vorgeschlagenen Rahmenkredit von 250 Millionen Franken für den **Fonds de Roulement** nahmen wir mit 124 zu 73 Stimmen an. Damit können Wohnbaugenossenschaften zinsgünstige Darlehen gewährt werden. Die Aufstockung erlaubt es, die Förderung im heutigen Umfang weiterzuführen was wir sehr begrüssen. Es handelt sich um einen indirekten Gegenvorschlag zur Initiative des Mieterverbandes, der umstritten war. Die Wirtschaftskommission hätte zunächst gar nicht darauf eintreten wollen, wurde aber vom Rat überstimmt.

Das Volksbegehren verlangt, dass der Bund in Zusammenarbeit mit den Kantonen das Angebot an preisgünstigen Mietwohnungen fördert. Mindestens zehn Prozent der neu gebauten Wohnungen müssten im Eigentum von Trägern des gemeinnützigen Wohnungsbaus sein. Das Ziel soll unter anderem mit Vorkaufsrechten für Kantone und Gemeinden erreicht werden.

Die Initiative und der Rahmenkredit sind verknüpft: Die Mittel für den Fonds de Roulement werden nur dann aufgestockt, wenn die Initiative zurückgezogen oder abgelehnt wird. Das beschloss der Nationalrat mit 135 zu 61 Stimmen. Die Initiative und der indirekte Gegenvorschlag gehen nun an den Ständerat.

Totalrevision des CO₂-Gesetzes nach 2020 - unhaltbare Verwässerung des Klimaschutzes

Die fortschreitende Klimaerwärmung ist Grund zu grosser Besorgnis. Der Nationalrat hat das CO₂-Gesetz in der Gesamtabstimmung abgelehnt. Nach vier Verhandlungstagen war es von einer Allianz aus SVP und FDP und teils CVP derart verwässert worden, dass auch wir das Gesetz so nicht mehr mittragen konnten: Wir enthielten uns der Stimme. Der Entscheid fiel mit 92 zu 60 Stimmen bei 43 Enthaltungen. Die Ablehnung kommt einem Nichteintreten auf das Gesetz gleich. Die Vorlage geht nun in der ursprünglichen Fassung des Bundesrates in den Ständerat. Tritt er darauf ein und berät das Gesetz, besteht die Chance, dass eine verbesserte Version zurück in den Nationalrat kommt. Beschliesst er Nichteintreten, ist die Vorlage vom Tisch.

Mit der Totalrevision des CO₂-Gesetzes will der Bundesrat die Verpflichtungen aus dem Klimaabkommen von Paris erfüllen und die Klimapolitik nach 2020 festlegen. Die Schweiz soll einen Beitrag dazu leisten, den globalen



Argumente für den Fonds:

*Fangen wir bei den **Kosten** an: Weil es sich um Darlehen handelt, gehören die Mittel weiterhin dem Bund. Die gemeinnützigen Bauträger verzinsen die Darlehen zu aktuell 1,0 Prozent. Damit erzielt der Bund im gegenwärtigen Zinsumfeld sogar einen Gewinn (2,4 Millionen Franken Nettoertrag im 2017). Die Fonds-Darlehen decken nur fünf bis zehn Prozent der Finanzierung ab. Mit dieser Restfinanzierung wird eine Starthilfe gewährt, die dem Bauträger genügend Zeit gibt, um Eigenkapital aufzubauen.*

*Geförderte Wohnungen müssen hohe Ansprüche an das **ökologische und energieeffiziente Bauen** erfüllen. Weiter wird auf eine gute Belegung der Wohnungen geachtet – ein wichtiges Element, um den steigenden Kulturlandverlust zu drosseln.*

*Die **Wirkung solcher Starthilfen** bleibt dank dem Prinzip der Gemeinnützigkeit während Jahrzehnten bestehen. Konkret: Die preisgünstig erstellen Wohnungen bleiben dank der Anwendung der Kostenmiete dauerhaft preisgünstig.*

Das ganze Votum von Nik Gugger und die komplette Debatte können Sie [hier](#) nachlesen.

Temperaturanstieg auf unter 2 Grad zu beschränken, gemäss dem Nationalrat gar auf "deutlich unter 2 Grad". Bis 2030 soll sie die Treibhausgasemissionen um 50 Prozent unter das Niveau von 1990 senken.

Die Allianz aus SVP und FDP schwächte die Vorlage systematisch ab: So beschloss sie, dass die Reduktion zu grossen Teilen durch den Kauf von Emissionszertifikaten im Ausland erfolgen kann. Einen Inlandanteil lehnte sie ab, so dass die Klimaziele von Paris damit nicht mehr erreicht werden könnten. Auch bei den Massnahmen **verwässerte** sie das Gesetz: Keine Abgabe auf Flugtickets, kein einheitlicher Gebäudestandard, Abstriche bei der CO₂-Abgabe und so weiter.

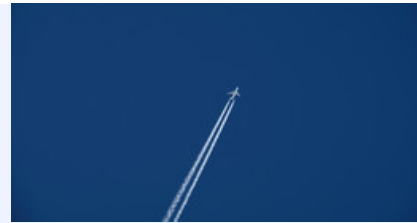
Wir fordern deshalb den Ständerat zu konstruktiven Beratungen auf, indem ein sinnvoller gesetzlicher Rahmen zur Senkung der CO₂-Emissionen unter Rücksichtnahme auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gestaltet wird. Wir unterstützen die Totalrevision des CO₂-Gesetzes aufgrund der hohen Bedeutung von Treibhausgasreduktionen. Aus unserer Sicht müssen die Klimaschutzmassnahmen erhöht werden! Wir hoffen auf den Ständerat...

Gleichstellung

Endlich ist es soweit: Grosse Unternehmen müssen künftig prüfen, ob sie Männern und Frauen gleich viel zahlen. Der Nationalrat hat beim revidierten Gleichstellungsgesetz die letzte Differenz ausgeräumt. Zuletzt war noch umstritten, ab welcher Schwelle die Pflicht zur Lohnanalyse gelten soll. Es werden nun Unternehmen ab 100 Beschäftigten verpflichtet. Lernende werden nicht angerechnet. Diese Schwelle bedeutet, dass künftig 0,9 Prozent der Unternehmen Lohnanalysen durchführen müssen. Diese beschäftigen 46 Prozent der Arbeitnehmenden. Wir sind froh, dass endlich etwas ging in Richtung Gleichstellung. Zwar ein kleiner, aber wichtiger Schritt.

Häusliche Gewalt

Das Parlament stärkt den Schutz von Opfern von häuslicher Gewalt und Stalking. Es hat einem Gesetzesprojekt des Bundesrates zugestimmt. Der Nationalrat hat die letzte Differenz zum Ständerat ausgeräumt. Die meisten Änderungen im Zivil- und Strafrecht waren unbestritten. Zu den Massnahmen zählen etwa elektronische Fussfesseln für Stalker. Das Gesetz sieht vor, Kontakt- und Rayonverbote besser durchzusetzen. Zudem sollen weniger Strafverfahren im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt eingestellt werden. Wir haben dieses Gesetz vollumfänglich unterstützt.



Bundesfinanzen – Voranschlag 2019

Für die Beratung des Voranschlages des kommenden Jahres braucht es jedes Jahr fast die ganze Sitzungsdauer der ersten Woche der Wintersession. Eigentlich erstaunlich, wenn man an die Trockenheit der Materie und an die miserable Präsenz während den Verhandlungen im Nationalratssaal denkt. Und doch ist das Budget für den Bundesrat und das Parlament ein ganz wesentliches Steuerungsinstrument der Finanzflüsse und –prioritäten. Aber auch für die Kantone und letztlich für die ganze Bevölkerung. Der Nationalrat zeigte sich grosszügig mit den Bildungs- und Forschungsstätten in der Schweiz. Er hat im letzten Teil der Budgetdebatte ihre Mittel stärker erhöht als es der Bundesrat tun wollte. Wir von der EVP haben uns wie bereits in den vergangenen Jahren gegen den Abbau von Mitteln in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit eingesetzt. Wie bereits gewohnt beantragte die SVP eine bedeutende Kürzung der Mittel um fast 100 Millionen. Zum Glück wurde der Antrag abgelehnt. Leider auch chancenlos blieb die von uns unterstützte Forderung den Ausgabeposten Entwicklungszusammenarbeit von gegenwärtig 0,4.6 % des Bruttosozialeinkommens auf 0,5% anzuheben. Dazu hat sich das Parlament bereits zweimal verpflichtet, das letzte Mal vor zwei Jahren. Klammerbemerkung: Es gibt zu denken, dass jene Kreise, die den UNO-Migrationspakt, wegen den zu erfüllenden „Commitments“ (Engagements, Verpflichtungen) ablehnen, hier die seit Jahren bestehende Selbstverpflichtung arrogant missachten. Klammer geschlossen. Insgesamt hat der Bundesrat für 2019 Ausgaben von 72,296 Milliarden Franken und einen Überschuss von 1,26 Milliarden Franken budgetiert. Mit den vom Nationalrat unter dem Strich zusätzlich beschlossenen Ausgaben ist dieser Überschuss nun um 51 Millionen Franken kleiner. Mit 126 gegen 60 Stimmen und 7 Enthaltungen hiess der Rat das Budget gut.

Zusammen mit dem Voranschlag wurde auch der Finanzplan 2020-2022 beraten und beschlossen. Er zeigt auf, dass im Jahr 2020 ein strukturelles Defizit von 409 Millionen Franken zu erwarten ist. Verursacht im Wesentlichen durch die bevorstehende Steuervorlage 17 und die AHV-Finanzierung über die das Volk noch zu befinden haben wird. Geht man noch einen Schritt weiter ins Jahr 2021, so kann hoffentlich die Heiratsstrafe abgeschafft werden. Das wird uns nochmals eine Milliarde Franken kosten. Sie ist bereits im Finanzplan enthalten. Summa summarum führt das dazu, dass wir im Jahr 2021 einen strukturellen Überschuss von 146 Millionen Franken haben werden - auf ein Budget von 75 Milliarden Franken ein Tropfen auf den heissen Stein. Der Handlungsspielraum für die Zukunft ist so praktisch bei null.

Volksinitiative gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer

Als Co-Präsidentin gemeinsam mit Mitgliedern aus verschiedenen Parteien und Organisationen half Marianne, diese Initiative zu lancieren.



Danke, dass Sie die Volksinitiative gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer unterstützen!

Vielleicht unterschreibt Ihr Freundeskreis auch noch? Einen Unterschriftenbogen finden Sie [hier](#) oder unter wecollect.ch

Unterschreiben geht ganz einfach: Unterschriftenbogen ausdrucken (PDF), ausfüllen, mit einem Klebestreifen verschliessen und dann ab in den nächsten Briefkasten. Keine Briefmarke nötig!

www.korrektur-initiative.ch

Personelle Veränderungen in den Räten

Wir gratulieren den frisch gewählten Bunderätinnen Viola Amherd (CVP) und Karin Keller-Sutter (FDP) herzlich zu ihrer souveränen Wahl in die Landesregierung. Die Bundesversammlung ist bei den Ersatzwahlen für die auf Ende Jahr zurücktretenden Mitglieder der Landesregierung - Doris Leuthard (CVP) und Johann Schneider-Ammann (FDP) - den Auswahlvorschlägen der beiden Parteien gefolgt. Mit der Wahl zweier Frauen hat das Parlament ein starkes Signal für eine ausgewogene Geschlechtervertretung auf höchster Ebene gesetzt. Marianne und Nik begrüssen die Wahlentscheide und wünschen den neuen Bundesrätinnen viel Erfolg in ihren Ämtern.

Ebenfalls neu besetzt wurden die Präsidien von National- und Ständerat: Wir gratulieren Marina Carobbio Guscetti (SP) als neue Nationalratspräsidentin und Jean-René Fournier (CVP) als neuen Ständeratspräsidenten und wünschen ihnen ein erfolgreiches Präsidialjahr!

Zum Abschied von einer Ausnahme-Bundesrätin



"Das Buffet war fast fertig angerichtet, die Gäste noch nicht eingetroffen. Nur Doris Leuthard war schon da. Und was machte die Bundesrätin? Sie machte sich an die Arbeit, schritt zum Buffet, entfernte die Frischhaltefolien von den Apérohäppchen und scherzte: «Meine Mutter war schliesslich Wirtin.» Bis die Ständeräte eintrafen, war der Apéro bereit." Dieses Zitat aus der Aargauer-Zeitung zeigt eine typische Seite von Bundesrätin Doris Leuthard: Anpackend und

ohne Allüren.

So erlebten wir Doris Leuthard auch in der Fraktion. Ja noch viel mehr: Sie legte immer wieder Wert auf die Zugehörigkeit des EVP-Nationalratsduos zur Fraktion. Sie drückte dies auch immer wieder aus mit ihrer natürlichen Zugänglichkeit und Empathie. Auch wenn man in der Sache zuweilen nicht ihrer Meinung war, blieb die Kollegialität und freundschaftliche Verbundenheit schadlos.

Wir bedauern den Abschied dieser Vorzeigemagistratin sehr und wünschen ihr für die Zukunft von Herzen Gesundheit, Zufriedenheit, Elan für Neues und über allem Gottes Schutz und Segen.



Wir gratulieren Viola Amherd!



Wir gratulieren Karin Keller-Sutter!



Doris Leuthard bedankt sich für die Deklaration für mehr Klimagerechtigkeit, die Nik ihr im Namen der Stop-Armut-Konferenz 2018 von www.stoparmut.ch überreichte.

In dieser Session eingereichte Fragen und Vorstösse

Nik Gugger

Fragestunde: Heimliche Tabakwerbung in den sozialen Medien

Zwei Jahre lang haben US-Forscher die Tabakindustrie in den Sozialen Medien in über 40 Ländern verfolgt und dokumentiert, dabei kommen sie zu folgendem Schluss: Die Tabakkonzerne treiben heimlich Werbung auf Social-Media-Plattformen wie Instagram, Facebook und Twitter. Die Konzerne arbeiten dabei häufig mit Influencern zusammen, gegen Bezahlung. Diese sollen die Tabakprodukte positiv in Szene setzen und natürlich wirken lassen. Besonders stossend: Die Beiträge in den sozialen Medien werden nicht als Werbung deklariert. Die Tabakkonzerne organisieren beispielsweise auch Partys und Events mit dem Ziel, dass die Teilnehmenden in den sozialen Medien drüber berichten sollen. In den USA wurde nun Beschwerde gegen diese Art von Werbung wegen Verletzung von Wettbewerbsbestimmungen eingereicht.

Die Frage ist nun: Hat der Bundesrat eine Strategie gegen diese perfide Art der Werbung? Was wird in der Schweiz unternommen, um diese Art der Werbung, welche sich am Rande und teilweise schon jenseits der Legalität bewegt, zu unterbinden?

<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20185740>

Motion: 2019 Bundesrat und VBS geben der Cyber Security höchste Priorität

<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20184387>

Interpellation: Folgerungen aus dem Bericht Umwelt Schweiz 2018 des Bundesrates im Bereich Biodiversität

<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20184393>



Frohe Festtage und ein gesegnetes neues Jahr!

VORANZEIGE:



Wir feiern 100 Jahre EVP Schweiz! Sie sind zum Jubiläumsfest (anschliessend an die DV) herzlich eingeladen, bitte reservieren Sie sich dieses Datum.

Für Ihr Interesse an unserer Arbeit und für all Ihre Unterstützung danken wir Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, herzlich.

*Impressum:
Verfasst und gestaltet von
Nik Gugger & Marianne Streiff*

*Versand: Geschäftsstelle
der EVP Schweiz*

